

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Foto: iStock/hjalmerda
6. Ausgabe 2009 35. Jahrgang kostenlos

BERLINER RUNDWAU



Niemand wird gewinnen

Kein rot-rotes Schüler-Lotto



CDU-Chef Frank Henkel:
Für Chancen - und Leistungsgerechtigkeit

Seite 2-3



Angela Merkel und CDU-Präsidium
Berliner Erfahrungen sind wichtig

Seite 2



Rot-Rot kapituliert vor linkem Terror
Eskalation der Gewalt

Seite 4

Das sagen Berliner Schüler zur Losquote für Gymnasien:

„[...] Ich bin deshalb gegen das Losverfahren, da dadurch Fleiß durch Glück ersetzt wird. Leute, die sich Mühe geben, sollten auch den Lohn, nämlich den verdienten Schulplatz, erhalten. Ansonsten werden sich die Schüler in der Zukunft keine Mühe mehr geben, da es sowieso hauptsächlich Glückssache ist, ob man seinen Wunschplatz erhält.“ (Stella V.)

„Ich finde das Losverfahren nicht hilfreich, denn schlechte Schüler könnten so an ein Gymnasium kommen, wo sie vielleicht den Anspruch nicht erfüllen würden. In diesem Fall müssten sie nach dem Probejahr das Gymnasium verlassen und dann wieder auf die Suche nach einer neuen Schule gehen....“ (Johannes K.)

„Wenn Kinder, die nicht so gut sind, auf die Schule kommen und die, die besser sind, nicht, dann ist es gemein gegenüber den anderen Kindern. [...]“ (Filip B.)

„Ich finde, es sollte eher nach den Noten und der Persönlichkeit gehen als nach dem Losverfahren. Wenn man die Plätze verlost, ist es anonym und man weiß nicht, was für Kinder an die Schule kommen.“ (Carlotta K.)

„Nach meiner Meinung ist es ungerecht. Denn: Wenn ein etwas Schlechterer per Los aufs Gymnasium kommt, kann er einem Besseren den Platz wegnehmen und wenn man in der Grundschule nicht gut war, wird man auf dem Gymnasium auch nicht so gut sein.“ (Leo P.)

(zitiert nach: Berliner Morgenpost, 22.06.2009)

SCHÜLERLOTTERIE DER ZUKUNFT UN



Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel, hat noch einmal an die Adresse des Regierenden Bürgermeisters Wowereit, des Bildungsensors Zöllner und der Koalition aus SPD und Linke appelliert, die geplante Schulstrukturreform sofort zu stoppen:

„Das Konzept von Rot-Rot zum Umbau im Berliner Bildungssystem bedeutet Abbau von Leistung und führt uns direkt in ein unverantwortliches Bildungschaos. Die Schülerlotterie ist nicht nur ungerecht, sie ist auch Verrat an der Zukunft unserer Kinder.“

Durch das Losverfahren erhielten bildungsschwächere Schüler den Zugang zum Gymnasium, ohne dass dieses zusätzliche Lehrer zu ihrer Förderung bereithalte. Diese zweifelhafte Zugangsregelung widerspreche der Autonomie der Schulen.

Henkel bemängelte zudem, dass die geplante Schulstrukturreform „ohne Anhörung von Experten, ohne Hinzuziehung von Verbänden und ohne wirklichen Mehrheitswillen innerhalb der SPD zusammengeschustert“ worden sei: „Hier wusste doch die eine Hand nicht, was die andere tut.“ Er forderte die Koalition auf, umgehend das Gespräch mit den Betroffenen - Schülern, Eltern, Lehrer, Oberstudiendirektoren, Landeselternausschuss, Philologenverband usw. - zu suchen. Henkel: „Warum hat man nicht frühzeitig die Interessen der Beteiligten abgefragt, anstatt mit einer willkürlichen Zahl für die Losgröße bei allen entweder Angst oder Wut zu erzeugen. Klar ist: Die Losgröße muss weg!“

Henkel erinnerte an die Aussagen der Experten während einer CDU-Presskonferenz: Die Oberstudiendirektoren sprachen sich dabei unmissverständlich gegen eine höhere Quote als 25 Prozent aus. Nach der Einigung in der rot-roten Koalition soll diese bekanntlich bei 30 Prozent liegen. Der Philologenverband forderte, auf jegliche Losgröße bei der Vergabe von Plätzen für das Gymnasium zu verzichten, allenfalls 20 Prozent seien erträglich. Und der Fachanwalt und Bundestagskandidat der CDU für Treptow-Köpenick, Prof. Niels Korte, warnte den Senat vor einer enormen Klagewelle durch die Eltern. SPD und Linke seien sich offensichtlich nicht bewusst über die Konsequenzen ihres Handelns: „Eltern können sich auf verfassungsrechtlich geschützte Grundrechte berufen.“ Korte erinnerte daran, dass „für öffentliche Ämter oder für bestimmte Studiengänge doch auch die Bestenauslese gilt.“ Das Los überlasse hingegen zu viel dem Zufall.

Henkel erneuerte seine Forderungen an eine Bildungsreform aus einem Guss. Im Mittelpunkt



Berliner Bildungssystem auch Thema bei Merkel

Das Präsidium der Berliner CDU hat sich mit der CDU-Vorsitzenden Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel getroffen. Merkel zeigte sich zuversichtlich, dass der Neuanfang der Berliner CDU der Stadt helfen wird. Die Erfahrungen aus Berlin seien auch für andere Städte wichtig, sagte sie. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen Fragen der Bildungs-, Sozial- und Integrationspolitik. (Foto v.l.n.r.: Kai Wegner, Thomas Heilmann, Angela Merkel, Frank Henkel, Michael Braun, Monika Grütters, Andreas Statzkowski und Bernd Krömer)

IST VERRAT AN SERER KINDER

jeder Schulreform müsse der einzelne Schüler mit seinen Fähigkeiten, Möglichkeiten und Neigungen stehen: „Wir wollen Chancen- und Leistungsgerechtigkeit für alle Berliner Schülerinnen und Schüler. Wir setzen nicht blindlings alle Schüler nebeneinander: Jeder Schüler hat Stärken und Schwächen, der eine startet früher, der andere später. Bei unserem Masterplan Bildung bleibt keiner zurück, keiner verliert Zeit durch ein völlig unbrauchbares Probejahr á la Rot-Rot. Wir för-



Förderung von individuellen Fähigkeiten statt Gleichmacherei, Leistungsanreize statt Schülerlotto – mit ihrem „Masterplan Bildung“ setzt die Berliner CDU auf Qualität und durchdachte Konzepte statt

wie Rot-Rot Schüler, Eltern und Lehrer mit immer neuen Bildungsexperimenten zu verunsichern.

- Im Mittelpunkt des „Masterplan Bildung“ steht der einzelne Schüler mit seinen individuellen Neigungen und Fähigkeiten
- In eigenständig organisierten, kooperierenden Bildungsgängen sollen die Talente der Schüler bei größter Durchlässigkeit bestmöglich gefördert werden, um optimale Aufstiegs-Chancen für alle zu gewährleisten
- Die Schwerpunkte liegen auf der vorschulischen Erziehung und der praktischen Talentförderung sowie auf einem vielfältigen Bildungsangebot mit unterschiedlichen Leistungsanreizen
- Die Gymnasien sollen erhalten und gestärkt werden

Nähere Informationen unter: www.cduberlin.de

dern die Stärken eines jeden Schülers und bauen Schwächen über eine gezielte Betreuung durch mehr qualifiziertes Personal ab. Wir setzen mit unserem Bildungsprogramm, das wir bereits im Januar vorgestellt haben, auf Durchlässigkeit. Und vor allem: Wir erhalten das Gymnasium - Rot-Rot will es abschaffen.“ Henkel unterstrich, dass das CDU-Programm Bildungsgänge favo-

risiere, die in einem oder mehreren Schulgebäuden, aber unter einem Dach organisiert würden, kooperierten und verschiedene Wege durch die Berliner Schullandschaft aufzeigten. Henkel: „Wir sprechen uns überdies für die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit aus. Unser Vorschlag zur Finanzierung: Weg mit der Einheitsschule und wir haben schon mal 22 Mio. Euro gespart.“

Abschließend appellierte Henkel an die Berlinerinnen und Berliner: „500.000 Stunden Unterrichtsausfall und 2.000 dauerkranke Lehrer sind kein Betriebsunfall, sondern Ausdruck

eines inkompetenten rot-roten Senats und eine Anklage gegen den Senator. Das Gehaltsversprechen des rot-roten Senats, mit dem gerade junge, qualifizierte Lehrer hier in Berlin gehalten werden sollen, entpuppt sich als Mogelpackung. Und das, obwohl es höchste Zeit ist, unsere Lehrer endlich leistungsgerecht zu entlohnen. Das Ergebnis dieses unverantwortlichen Handelns ist eindeutig: Jeder zehnte Berliner Schüler verlässt die Schule ohne Abschluss. Und natürlich landen wir auch bei PISA auf den letzten Plätzen.

Der ehemalige SPD-Bildungssenator Böger hat am Anfang der rot-roten Regierungszeit 2002 einmal gesagt, Bildung habe nun Priorität... Der Lateiner würde sagen: „Si tacuisses“ - Wenn Du geschwiegen hättest...

Berlin braucht einen Neuanfang. Auch in der Bildungspolitik!



„Jedes Unternehmen würde pleitegehen, wenn es 30 Prozent seiner Stellen verlor, jede Partei würde, bei Besetzung von 30 Prozent ihrer Mandate per Losverfahren, im Abgrund verschwinden, jede Sportmannschaft, jedes Theater, jedes Forschungsinstitut würde scheitern, nun soll es den Gymnasien so gehen.“

(Der Tagesspiegel, 28.06.2009)

Ralf Treptow, Vorsitzender der Vereinigung der Oberstudiendirektoren: „Über die Lotterie werden Schüler ohne entsprechende Empfehlung an die Gymnasien kommen. Die Lehrer müssen ihr Lerntempo an diesen Schülern ausrichten. Gute Schüler werden darunter leiden [...]“

(zitiert nach: Berliner Morgenpost, 13.06.2009)

Kathrin Wiencek Vorsitzende des Philologenverbandes Berlin-Brandenburg: „Das Prinzip Leistung wird durch das Prinzip Zufall ersetzt.“

(zitiert nach: Berliner Morgenpost, 13.06.2009)

„Das ist Gleichmacherei zulasten der Kinder: der am Gymnasium überforderten ebenso wie jener, die wegen der Losquote ohne Chance sind, nach ihren Talenten beschult zu werden.“

(Der Tagesspiegel, 11.06.2009)

Landeselternausschuss Berlin: „Die Berliner Bildungspolitik wird durch Ideologie geprägt und nicht durch Vernunft.“

(zitiert nach: www.bildungsklick.de, 11.06.2009)

„Die Linke will eigentlich eine Gemeinschaftsschule für alle und Gymnasien ganz abschaffen.“

(SPIEGEL online, 09.06.2009)

PRESSE



Rot-Rot kapituliert vor linkem Terror

Weg mit dem „Gute-Laune-Trainer“

Erinnern Sie sich noch? In den späten 90ern war Erich Ribbeck Teamchef der deutschen Fußball-Nationalelf. Es war die erfolgreichste Zeit einer dumpf vor sich hinkickenden Truppe. Nicht zum Hinsehen und dazu eine Niederlage nach der anderen. Der Teamchef ohne Konzept und Ahnung vom Fußball, allgemein als „Gute-Laune-Erich“ titulierte und in allen Analysen immer daneben liegend.

„Gute-Laune-Wowi“ hat Ribbecks Spielsystem nun wiederentdeckt und schickt sich an, es zu perfektionieren. Da wird die Vernunft der Berlinerinnen und Berliner schwer gefoult und den Regierenden Trainingsleiter interessiert es nicht. Egal, ob es um Gewerbeerlaubnisse für wild Autoscheiben putzende Sinti und Roma oder um den Zugang zum Gymnasium per Lotterie geht. Jüngstes Beispiel: die versuchte Besetzung des Flughafengeländes Tempelhof. Wowereit verurteilt (selten genug) die Ankündigung von Gewalt. Sein kommunistischer Koalitionspartner und die Nachwuchsorganisation seiner eigenen Partei scheren sich darum nicht und rufen munter zur Teilnahme auf. Teile der Regierungsparteien finden sich als Unterstützer und zugleich Alibi linker Gewalt. Platzverweise, Auswechslungen oder sonstige Reaktionen: nicht zu vernehmen. Solch einem Treiben darf man nicht das Spielfeld überlassen. Beim Fußball wäre die Lösung einfacher, da hätten die Vereinsobere den „Gute-Laune-Trainer“ während der laufenden Saison schon längst rausgeworfen. Tatsächlich ist es leider schwieriger. Allerdings wächst täglich die Aussicht darauf, dass die Mitgliederversammlung, also Sie – die Wählerinnen und Wähler -, für die nächste Saison keine Vertragsverlängerung mehr gewähren.

41 beschädigte Fahrzeuge, 15 Angriffe auf Wohnhäuser, zahlreiche Hausbesetzungen und Anschläge auf öffentliche Gebäude, die versuchte Besetzung des Flughafens Tempelhof – insgesamt 116 linke Straftaten zählte die Polizei während der Berliner „Action Weeks“, zu denen die linksextreme Szene zwischen dem 6. und 21. Juni aufgerufen hatte. In Berlin eskaliert die linke Gewalt – und Rot-Rot sieht tatenlos zu.

„Was muss noch alles passieren, damit der Senat endlich aufwacht“, fragt der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Robbin Juhnke. Vor Juhnkes Wohnhaus wurden im Rahmen der „Action Weeks“ zwei Autos angezündet, eine linksextreme Gruppierung bekannte sich im Internet zu dem Anschlag auf den CDU-Politiker. Bereits während des 1. Mai wurde Mitgliedern der CDU, die einen Info-Stand auf dem Myfest aufbauen wollten, von Linksextremisten körperliche Gewalt angedroht. „Diese Ereignisse zeigen die menschenverachtende Ideologie der linken Gewalttäter, die seit Monaten und Jahren beinahe tagtäglich mit Sachbeschädigung und Gewalt unsere Demokratie zu terrorisieren suchen“, erklärte der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel. Doch trotz der Gewaltexzesse rund

um den 1. Mai mit 479 verletzten Polizisten und der nicht abreißen wollenden Serie von Angriffen, Brandanschlägen und Sachbeschädigungen zeigt Rot-Rot keinerlei politischen Willen, dem Problem Linksextremismus zu begegnen. Den Vorschlag der CDU, einen Runden Tisch gegen Linksextremismus einzurichten, lehnte der Senat ab. „Wir erwarten von Rot-Rot, Verantwortung zu übernehmen und nicht einer schlecht bezahlten und demotivierten Polizei die Drecksarbeit zu überlassen“, so Juhnke. CDU-Chef Henkel forderte alle demokratischen Parteien auf, dem linken Terror entschieden entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang kritisierte Henkel vor allem die mangelnde Distanz der Linkspartei zur linksextremen Szene. So war es ein Politiker der Linken, der die „Revolutionäre 1. Mai – Demo“, die mit den schlimmsten Ausschreitungen seit Jahren endete, anmeldete. Doch auch die Grünen hätten eine problematische Haltung zur linken Gewalt, bemerkte Henkel mit Hinblick auf die Unterstützung der Grünen für die Besetzung des stillgelegten Flughafens Tempelhof. Allein diese Aktion der linken Szene kostete den Berliner Steuerzahler rund 2,5 Millionen Euro für den Polizeieinsatz. „Die CDU hat nicht vor, Extremisten – egal, ob linken oder rechten – die Straße zu überlassen“, machte Henkel deutlich.



Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden unter anderem...

+++ bei der DHL, die in Linkskreisen als „Deutsche Heereslogistik“ verunglimpft wird, brannten sieben Lkw aus +++ etwa 180 Fahrzeuge wurden durch Brandanschläge zerstört; mehr als eines pro Tag +++ über 500 Polizisten durch linke Gewalttäter verletzt +++ ein Wachmann der Ver.di-Zentrale angeschossen +++ zahlreiche Wohnhäuser

mit Steinen und Farbbeuteln angegriffen +++ sechs Häuser und Gebäude besetzt +++ mehrere Anschläge auf öffentliche Gebäude – wie z.B. das Amtsgericht in Lichtenberg, drei Jobcenter und die Bußgeldstelle der Polizei – verübt +++ acht Banken und Sparkassen sowie die Ver.di-Zentrale beschädigt +++ mehrere Lokale in Friedrichshain mit Buttersäure angegriffen

Foto: Bandholtz

INFO-COUPON

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, PLZ

Telefon

eMail

- Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin: Senden Sie mir Informationsmaterial zu!
- Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden: Nehmen Sie Kontakt mit mir auf.

CDU Berlin • Wallstraße 14A • 10179 Berlin
Tel.: 030.326904-0 • Fax: 030.326904-44 • cduberlin@cduberlin.de

Mitmachen. **CDU**